

Wahlordnung für den Seniorenbeirat der Stadt Radevormwald

Aufgrund des § 7 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der zur Zeit gültigen Fassung hat der Rat der Stadt Radevormwald in seiner Sitzung am 16.12.2008 folgende Wahlordnung beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich / Zuständigkeit

Das Wahlgebiet umfasst das Stadtgebiet Radevormwald. Die Vorbereitung und Durchführung der Wahl obliegt dem Bürgermeister.

§ 2

Wahlorgane

Wahlorgane sind

- der Bürgermeister als Wahlleiter,
- der Briefwahlvorstand

§ 3

Briefwahlvorstand und ehrenamtliche Tätigkeit

- (1) Der Briefwahlvorstand besteht aus dem / der Briefwahlvorsteher / in, dem / der stellvertretenden Briefwahlvorsteher / in und drei bis sechs Beisitzern / innen. Der Wahlleiter beruft die Mitglieder des Briefwahlvorstandes. Dem Briefwahlvorstand können alle Bürger und Bürgerinnen angehören.
- (2) Der Briefwahlvorstand entscheidet mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des / der Briefwahlvorstehers / in den Ausschlag.
- (3) Die Mitglieder des Briefwahlvorstandes üben eine ehrenamtliche Tätigkeit aus.

§ 4

Wahlberechtigung

Wahlberechtigt sind mit Ausnahme der in § 5 bezeichneten Personen alle Einwohner / - innen, die am Wahltag

1. 60 Jahre alt sind,
2. seit mindestens drei Monaten in Radevormwald ihre Wohnung, bei mehreren Wohnungen die Hauptwohnung haben.

§ 5

Wahlausschluss

Nicht wahlberechtigt sind Einwohner / -innen, die nach dem Kommunalwahlgesetz vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

§ 6 Wählbarkeit

Wählbar sind alle Wahlberechtigten

§ 7 Wahlperiode und Wahltag

- (1) Der Seniorenbeirat wird nach jeder Kommunalwahl für die Dauer von 5 Jahren gewählt. Er bleibt nach Ablauf der Wahlzeit so lange im Amt, bis der neue Seniorenbeirat zusammentritt. Findet keine Wahl zum Seniorenbeirat statt, endet die Amtszeit des alten Seniorenbeirates mit dem Wahltag.
- (2) Der Wahltermin wird vom Wahlleiter festgelegt und spätestens am 90. Tag vor der Wahl bekannt gemacht.

§ 8 Wahlvorschläge

- (1) Der Wahlleiter fordert nach Bekanntmachung des Wahltages zur Einreichung von Wahlvorschlägen durch öffentliche Bekanntmachung auf. Wahlvorschläge können von Gruppen von Wahlberechtigten (Listenwahlvorschlag) oder einzelnen Wahlberechtigten eingereicht werden. Jeder Wahlvorschlagsberechtigte kann nur einen Wahlvorschlag einreichen.
- (2) Als Wahlbewerber kann jede / r Wahlberechtigte der Stadt Radevormwald benannt werden, sofern er / sie seine / ihre Zustimmung schriftlich erteilt hat; die Zustimmung ist unwiderruflich.
- (3) Jeder Listenwahlvorschlag muss von der Leitung der den Wahlvorschlag einzureichenden Gruppe unterzeichnet sein und den Nachweis enthalten, daß die Benennung und Aufstellung der Bewerber / Bewerberinnen nach demokratischen Grundsätzen erfolgt ist.
- (4) Der Wahlvorschlag muss Vornamen und Familiennamen, die Staatsangehörigkeit, das Geburtsdatum, den Beruf oder Stand und die Anschrift der Hauptwohnung der / des Wahlbewerber / in enthalten.
- (5) Jeder Wahlvorschlag muss als „Listenwahlvorschlag“ oder als „Einzelbewerber / in“ gekennzeichnet und mit einer Bezeichnung des Wahlvorschlages versehen sein. Fehlt diese, tritt ersatzweise der Name des ersten Bewerbers / der ersten Bewerberin an die Stelle der Wahlvorschlagsbezeichnung.
- (6) Der Wahlvorschlag muss von mindestens 20 Wahlberechtigten unterstützt sein, es sei denn, der Wahlvorschlag wird von einer im Rat der Stadt Radevormwald vertretenden Partei oder Wählergruppe eingereicht. Unterschriften sind eigenhändig und handschriftlich abzugeben. Jeder Wahlberechtigte darf mit seiner Unterschrift nur einen Wahlvorschlag unterstützen. Mehrfachunterstützungen für verschiedene Wahlvorschläge sind bei allen Wahlvorschlägen ungültig. Die Unterzeichner müssen leserlich Vornamen und Familien-

namen, Geburtsdatum und Anschrift der Hauptwohnung angeben. Wahlvorschläge dürfen nur von Wahlberechtigten unterstützt werden. Unterstützung eines Wahlvorschlages durch den wahlberechtigten Wahlbewerber ist zulässig.

- (7) In jedem Wahlvorschlag sollen eine Vertrauensperson und eine stellvertretende Vertrauensperson bezeichnet werden.
- (8) Für die Wahlvorschläge und die Unterstützungsunterschriften sind die Formblätter zu verwenden, die das Wahlamt bereit hält.
- (9) Wahlvorschläge können bis zum 48. Tag vor der Wahl, 16:00 Uhr, beim Wahlleiter eingereicht werden. Der Wahlleiter prüft die Wahlvorschläge und entscheidet über die Zulassung der Wahlvorschläge bis zum 44. Tag vor der Wahl. Die zugelassenen Wahlvorschläge werden vom Wahlleiter mit den in Abs. 4 genannten Merkmalen, jedoch ohne Tag und Monat der Geburt, bekannt gemacht.
- (10) Der Wahlvorschlag ist in Block- oder Maschinenschrift abzufassen.

§ 9 Stimmzettel

Die Einzelbewerber werden mit Namen und Vornamen in den Stimmzettel aufgenommen. Die Listenwahlvorschläge werden mit der Bezeichnung des Wahlvorschlages sowie der Kurzbezeichnung aufgenommen. Zusätzlich werden Name und Vorname der ersten 3 auf der Liste genannten Bewerber / Bewerberinnen aufgeführt. Die Wahlvorschläge erscheinen in der Reihenfolge des Eingangs der Unterlagen, die für einen gültigen Wahlschlag erforderlich sind, auf dem Stimmzettel.

§ 10 Wählerverzeichnis

- (1) Für das Wahlgebiet wird ein Wählerverzeichnis geführt.
- (2) In das Wählerverzeichnis werden alle Personen eingetragen, bei denen am 35. Tag vor der Wahl feststeht, dass sie am Wahltag wahlberechtigt sind. Die Wahlberechtigten erhalten Ihre Briefwahlunterlagen bis zum 21. Tag vor der Wahl.
- (3) Die Wahlberechtigten sind im Wählerverzeichnis mit Familien- und Vornamen, Geburtsdatum, und Anschrift aufgeführt. Das Wählerverzeichnis unter fortlaufender Nummer nach Straßen und Hausnummern alphabetisch angelegt.
- (4) Das Wählerverzeichnis wird vom 20. Tag bis zum 16. Tag vor der Wahl, an einem Tag mindestens bis 18:00 Uhr, zur öffentlichen Einsicht ausgelegt. Termin und Ort der Auslegung werden öffentlich bekannt gemacht.
- (5) Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann bis zum Ende der Auslegungsfrist Einspruch schriftlich oder zur Niederschrift beim Wahlleiter einlegen.
- (6) Über einen Einspruch gegen das Wählerverzeichnis entscheidet der Wahlleiter endgültig. Die Entscheidung schließt die Erhebung eines Einspruches im Wahlprüfungsverfahren nicht aus.

§ 11 Durchführung der Wahl

- (1) Wählen kann nur der, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist.
- (2) Der Wähler / die Wählerin hat eine Stimme.
- (3) Die Wahl findet als Briefwahl statt. Zu den Briefwahlunterlagen gehören:
 - Informationsblatt über die Funktion und die Wahl des Seniorenbeirates
 - Wahlbriefumschlag
 - Wahlschein
 - Stimmzettel
 - Besonders gekennzeichnete Umschlag für den Stimmzettel
 - Merkblatt mit Verfahrenshinweisen
- (4) Die Wahlbriefe müssen am Wahltag bis spätestens 18.00 Uhr beim Wahlamt eingegangen sein. Sie können vorher in die vom Wahlamt bereitgestellten Wahlurnen
 - in den Einrichtungen für betreutes Wohnen
 - Altenheimen
 - im Rathaus
 - in der Stadtbüchereieingeworfen werden. Die bereitgestellten Wahlurnen werden am Freitag vor der Wahl ab 12.00 Uhr zum Wahlamt gebracht.
- (5) Die Auszählung der Stimmen erfolgt am 1. Werktag nach dem Wahltag um 9.00 Uhr im Rathaus, Hohenfuhrstr. 13, 42477 Radevormwald durch den Briefwahlvorstand.

§ 12 Feststellung des Wahlergebnisses und der Sitzverteilung

- (1) Der Wahlleiter stellt nach vorangegangener Vorprüfung der Briefwahlunterschrift auf Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit unverzüglich nach der Wahl das Wahlergebnis und die Sitzverteilung nach dem Kommunalwahlgesetz fest. Er ist dabei an die Entscheidungen des Briefwahlvorstandes gebunden, jedoch berechtigt, Rechenfehler zu berichtigen. Entfallen bei der Sitzverteilung auf einen Vorschlag mehr Sitze als Bewerber / innen benannt sind, bleiben diese Sitze unbesetzt.
- (2) Der Wahlleiter macht das Ergebnis unverzüglich ortsüblich bekannt, benachrichtigt die gewählten Bewerber / innen durch Zustellung und fordert sie schriftlich auf, die Wahl binnen einer Woche anzunehmen.
- (3) Für die Annahmeerklärung, den Mandatsverlust (einschließlich Verzicht) und die Ersatzbestimmung gelten die Regelungen des Kommunalwahlgesetzes in der jeweiligen Fassung entsprechend.

§ 13 Wahlprüfung

- (1) Wird gegen die Gültigkeit der Wahl Einspruch erhoben, so entscheidet der für die Kommunalwahlen gebildete Wahlprüfungsausschuss über den Einspruch. Eine Prüfung von Amts wegen erfolgt nicht.
- (2) Ein Einspruch kann von jedem Wahlberechtigten sowie allen Bürgern und Bürgerinnen binnen eines Monats nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses beim Wahlleiter erhoben werden. Die Entscheidung über den Einspruch ist binnen eines Monats nach Ablauf der Frist für die Einsprucherhebung zu treffen.
- (3) Im übrigen gelten die Vorschriften des KWahlG in der jeweiligen Fassung entsprechend.

§ 14 Inkrafttreten

Die Wahlordnung tritt am Tage nach Ihrer Veröffentlichung in Kraft